

Unbefristeter Bahn- und Metro-Streik soll Macrons Rentenreform verhindern / Die Lokführer wollen den Ausstand nötigenfalls bis Weihnachten und darüber hinaus fortsetzen. Eine Mehrheit der Bevölkerung hält den Streik für šgerechtfertigtō

Eisenbahner, Metro-Lenker, Bodenpersonal der Flughäfen, Lehrer, Richter, Anwälte, Feuerwehrbeamte, Polizisten und šGelbwestenō wollen eine Rentenreform verhindern. Die Staatsführung um Macron verspricht mehr Gerechtigkeit durch eine Vereinheitlichung der 42 verschiedenen Pensionssysteme, hielt sich aber bisher bei den konkreteren Angaben zur bedeckt. Die allermeisten Franzosen befürchten eine drastische Verschlechterung ihrer Pensionsbedingungen. Laut Umfrage befürworteten 66 Prozent den Streik. Aber der Bewegung fehlt ein einigender und anerkannter programmatischer Hoffnungsträger. Weswegen die Nationalistin Marine Le Pen den Streik ebenfalls befürwortet und mit Zugewinnen unter Streikanhängern bei Wahlen rechnet.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Frankreich steht eine sozialpolitische Kraftprobe sondergleichen bevor, die das Land ins Chaos stürzen und über die weitere Handlungsfähigkeit von Präsident Emmanuel Macron entscheiden könnte. Sämtliche Gewerkschaftsbünde (von denen es ein halbes Dutzend gibt), gewerkschaftsunabhängige Basisinitiativen und etliche Berufsverbände (von den Richtern über die Berufsfeuerwehr bis hin zu den Polizisten) wollen mit einem unbefristeten Totalstreik eine Rentenreform verhindern, die Macron als das Meisterstück seiner Präsidentschaft betrachtet.

Die Kerntuppen des Ausstands, die noch über vergleichsweise günstigere Pensionsbestimmungen und gleichzeitig über die nötige Macht für eine einschneidende Blockade des Landes verfügen, sind die Eisenbahner und die Bediensteten städtischer Öffis. Ab Donnerstag wird Frankreichs Bahnnetz weitgehend lahm liegen. Die Metro und S-Bahnen im Pariser Großraum werden schon ab heute Abend zum Erliegen kommen. Wegen einer massiven Streikbeteiligung der Lehrkräfte wird auch mit der Schließung zahlloser Schulen gerechnet.

Das Land in den šIrrsinn treibenō?

Die entschlossensten Aktivisten, vornehmlich an der Basis unter Lokführern und in den Bahndepots, die diesen Streik bereits seit Wochen sorgfältig vorbereitet haben, wollen aufs Ganze gehen, also nötigenfalls bis Weihnachten und darüber hinaus durchstreiken. Das Massenblatt *ōLe Parisienō* schlagzeilte mit einen šÜberlebens-Leitfadenō, der die Leser durch das Dickicht der Ausfälle führen soll. Die Behörden begünstigen zwar alternative

Transportangebote wie etwa Mitfahrzentralen oder Bus-Ersatzverkehr. Aber eine wochenlange Bahnblockade könnte trotzdem das Land in den Irrsinn treiben, wie ein Minister in einem inoffiziellen Gespräch gestand.

Auch halten alle Beteiligten eine andauernde Blockade für möglich, weil es sie schon einmal gegeben hat: im Winter 1995 brachte ein fast vier wöchiger Bahnstreik Frankreichs Wirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs. Und schon damals ging es der Regierung darum, die besonderen Pensions-Rechte der Eisenbahner zu kippen. Schließlich musste die damalige konservative Staatsführung ihr Vorhaben wieder annullieren. Viele Franzosen betrachteten den Bahnstreik als probates Mittel um den Sparkurs der Regierung auszubremsen, der erhöhte Abgaben und geringere Sozialleistungen vorsah.

Laufende Erhöhung der Beitragsjahre

Diesmal ist die Stimmung ähnlich: laut Umfrage halten 66 Prozent der Franzosen den Streik für gerechtfertigt. Also hat der Verweis der Regierung auf die vorteilhafteren Pensionsregeln der Eisenbahner bisher kaum gefruchtet: fahrende Bahnbedienstete können mit 52 und nicht Fahrende mit 57 in die Rente gehen. Allerdings hat auch bei der Bahn die laufende Verlängerung der erforderlichen Beitragsjahre, die Abschaffung des bisherigen Dienststatus für Neu-Eingestellte und der Einsatz von Zeitvertrags-Jobbern dazu geführt, dass die Pensionsprivilegien nur mehr für eine Minderheit älterer Eisenbahner gelten.

Das gesetzliche Pensionsantritts-Alter liegt in Frankreich bei 62 Jahren. Aber wiederum wegen der Verlängerung der nötigen Beitragsjahre für eine Vollpension treten die Franzosen im Schnitt mit 63,4 Jahren in den Ruhestand. Rechnet man allerdings alle vor der Pension Entlassenen hinzu, liegt der Durchschnitt der Rentenantritte bei knapp unter 61 Jahren.

Befürworter der Rentenreform betonen, dass den Sonder-Pensionskassen (die auch für weitere Berufszweige im öffentlichen Dienst gelten) jährlich neun Milliarden Euro zugeschossen werden müssen. Die Regierung hat Werbespots in den Medien geschaltet, die gegen den Bestand von 42 verschiedenen Pensionssystemen trommeln. Dieses Durcheinander soll durch ein einheitliches Punkte-System ersetzt werden: demnach würde jeder pro eingezahlten Betrag und Zeitrahmen eine gleich hohe Pensionsleistung erwerben. Um Unterschiede im Karriereverlauf, etwa bei Arbeitslosen oder Alleinerzieherinnen beziehungsweise im Falle von gesundheitsschädigender Schwerarbeit auszugleichen, sollen zusätzliche Punkte vergeben werden. Gruppen, die bisher durch den Raster fielen, wie etwa ärmere Bauern sollen sogar auf höhere Grundpensionen Anrecht bekommen.

Unklare Hackler-Regelungen

Aber die Gestaltung und Anwendungsbreite dieser Hackler-Regelungen (wie man in Österreich sagen würde) liegt im Dunkeln. Auch sonst erfolgten bisher von Regierungsseite eher widersprüchliche und diffuse Angaben zur Reform. Angeblich um den Verhandlungen mit den Sozialpartnern und Parlamentariern nicht vorauszugreifen.

Diese Unklarheit hat der Überzeugung Vorschub geleistet, dass die Reform auf eine drastische Verschlechterung der Rentenansprüche hinauslaufen werde. Beflügelt wird dieses Misstrauen durch das Image von Macron als Präsident der Reichen, das sich im Zuge des populären Aufstands der Gelbwesten nur noch verfestigt hat. Die Netzwerke der

šGelbwestenö laufen überdies auf Hochtouren, um den Streik zu einem neuerlichen Sturm auf die Staatsmacht zu nützen.

Es bleibt freilich höchst ungewiss, ob die seit Wochen von Medien angekündigte, Gewerkschaftern versprochene und Regierungskreisen befürchtete Streikbewegung tatsächlich über das kommende Wochenende hinaus andauern wird. Großartige Kampfposen gehören zur Existenzgrundlage der faktisch schwachen und heillos zersplitterten Gewerkschaftsbünde Frankreichs ó mit Ausnahme der eher moderaten CFDT, die bei den letzten Gewerkschafts-Wahlen stimmenmäßig zum größten Arbeitnehmer-Bund Frankreichs aufstieg, und die sich am Bahnstreik nur in zurückhaltender Weise ó über ihre Fachgruppe ó beteiligt.

Gewerkschaften unter Druck der šGelbwestenö

Die übrigen Gewerkschaftsbünde stehen jetzt auch unter Erfolgsdruck, nachdem die lose Bewegung der šGelbwestenö durch ihre ausufernden Straßenaktionen Macron Zugeständnisse in der Höhe von annähernd 15 Milliarden Euro abringen konnte ó ein handfester Erfolg, der den Gewerkschaften schon seit langem nicht mehr zu Teil wurde. Ihr jetziger Streik könnte an zwei Hindernissen scheitern: erstens verfügen die französischen Gewerkschaften über nicht einmal annähernd so hohe Streikkassen wie etwa der DGB oder der ÖGB, ihre Mitglieder müssen also für jeden Streiktag einen schmerzhaften Einkommensverlust in Kauf nehmen. Und zweitens gibt es einstweilen keine halbwegs anerkannte linke politische Führung, die als einigender und programmatisch glaubwürdiger Hoffnungsträger wirken könnte.

Weswegen es sich auch die Nationalistin Marine Le Pen erlauben konnte, ihrerseits den Streik gegen die Rentenreform zu begrüßen ó mit der Hoffnung einen Teil der Streikanhänger nach ihrer voraussichtlichen Niederlage als Wähler zu gewinnen (auch wenn in ihrer Partei andere Führungspersonlichkeiten gegen diese Streikbewegung Stellung nahmen).